

Freunde für Fremde e.V.



Eine Initiative zur Begegnung von Flüchtlingen, Ausländern und Deutschen

im



Jahresbericht 2013

Inhaltsverzeichnis

Grußwort (Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup)	4
Kriegsflüchtlinge aus Syrien (Gisela Baumann)	5
Das Projekt „Tasse Tee“ und die Tagung zum Antiziganismus (Yana Shykyrina)	7
Iran, ein Land im Aufbruch (Heidi Meier-Menzel)	10
Bericht über „David“ (Erika Pintschovius)	14
Flüchtlingspolitik – ein schwer durchschaubares Thema (A. Haeusler/G. Stihler)	15
Flüchtlingsaufnahmegesetz (Franz Hoß)	17
Deutschunterricht bei „Freunde für Fremde“ (Gisela Bader)	20
Das besondere von Deutschkursen in der Landeserstaufnahmestelle (E. Pintschovius)	21
Unsere Öffentlichkeitsarbeit (Gertud Stihler/Christoph Rapp)	25
Wir danken (Gertrud Stihler)	26
Ansprache zur Trauerfeier von Frau Dr. Uta Klee (Heidi Meier-Menzel)	27
Verleihung der Reinhold-Maier-Nadel an Gertrud Stihler (Dr. Rüdiger Schwenke)	29
Statistik der Beratungsarbeit (Klaus Heckfuss)	30
Impressum	32

**Grußwort von Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup
für den Jahresbericht 2013
des Vereins Freunde für Fremde e.V.**

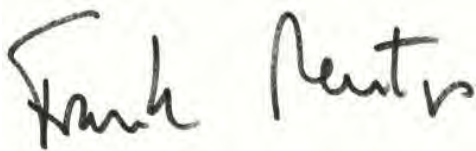


Es sind dramatische menschliche Schicksale, die sich da vor unser aller Augen abspielen: Edis K., der als Angehöriger der bosnischen Minderheit in Serbien keine Chance auf einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz hatte und sein Heil in der Flucht suchen musste. Amina F. aus Eritrea ist infolge einer Kinderlähmung schwer gehbehindert, weil es in ihrer Heimat keine ausreichende medizinische Versorgung gibt. Samir K. ist ein zum christlichen Glauben konvertierter gebürtiger Moslem aus dem Iran. Er musste sein Heimatland verlassen, weil ihm als Konvertiten Überwachung und Schikane bis hin zur Verhaftung drohte. Die Familie J. ist eine gut situierte Roma-Familie, die in einer angesehenen Wohngegend in der serbischen Stadt Nis lebte, bis sie von brutalen Skinheads terrorisiert wurde und erleben musste, dass die Polizei sie nicht vor den fremdenfeindlichen Übergriffen schützen wollte.

Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen, weil sie aufgrund ihrer Weltanschauung, ihrer Religion oder auch ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Volksgruppe verfolgt werden. Menschen, die vor Gewalt, Krieg und Bürgerkrieg fliehen um ihr Leben zu retten. Sie kommen zu uns - traumatisiert, enturzelt, hilfeschend und haben meist keine Chance, eine Arbeit zu finden oder am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, weil sie der deutschen Sprache nicht mächtig sind.

Genau hier setzt das vorbildliche Engagement von "Freunde für Fremde" ein. Neben vielfältigen Beratungsangeboten führen die ehrenamtlichen Lehrkräfte des Vereins Deutschkurse für Asylsuchende, Flüchtlinge und Migranten durch. Dabei gehen sie auf die individuellen sprachlichen Bedürfnisse ihrer "Schüler" ein, bis hin zum Einzelunterricht. 140 ehrenamtliche Arbeitsstunden pro Woche und über 600 Beratungsgespräche im Jahr bewältigen die Mitglieder des Vereins - ein Engagement das Respekt, Dank und Anerkennung verdient. Finanziert wird die Arbeit durch Mitgliedsbeiträge und vor allem durch Spenden. Den Vereinen und Organisationen sowie den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, die mit finanziellen Zuwendungen die Arbeit des Vereins "Freunde für Fremde" ermöglichen, möchte ich meinen herzlichen Dank aussprechen.

Sicherlich hat nicht jeder die Möglichkeit, sich so aufopferungsvoll um Flüchtlinge und Asylsuchende zu kümmern wie die "Freunde für Fremde" - aber eines können wir alle tun: Den Menschen, die zu uns kommen, die schon viel Leid in ihrem Leben ertragen mussten, zeigen, dass sie uns willkommen sind!



Dr. Frank Mentrup
Oberbürgermeister

Kriegsflüchtlinge aus Syrien

Der Krieg in Syrien dauert nun drei Jahre. Friedenskonferenzen werden abgehalten und gehen zu Ende, ohne dass die Kämpfe ein Ende nehmen. Sechs Millionen Menschen sind vor dem Terror auf der Flucht. Es werden noch mehr ihr Leben in die Nachbarstaaten retten müssen – nichts als ihr Leben.

Aus den Medien kennen wir alle die Bilder vom fast unbeschreiblichen Elend in den Lagern, die die Türkei, der Libanon, Jordanien, der Irak oder Ägypten eingerichtet haben und dort Hunderttausenden Obdach geben, und dabei selbst bis an ihre Grenzen belastet werden.

Europa ist schockiert, verlangt ein Ende der Gewalt – und bewacht seine Grenzen so streng, dass ein Übertreten fast unmöglich ist.

2,5 Millionen Syrer suchen derzeit Schutz im Ausland.

Am 20. März 2013 hat die Bundesregierung beschlossen, in Zusammenarbeit mit dem UN Flüchtlingshilfswerk UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) im Rahmen eines „temporären, humanitären Hilfsprogramms“ 5000 syrische Flüchtlinge aufzunehmen. Eine beschämende Zahl für das reichste Land der EU. (Bei den Bürgerkriegsflüchtlingen im früheren Jugoslawien wurden 300.000 Flüchtlinge aus Bosnien und dem Kosovo vorübergehend aufgenommen.)

Die Regierung will nach eigenen Angaben besonders Schutzbedürftige berücksichtigen. Wie soll man bei der allgemeinen unendlichen Not das messen? Dabei beschränkt sie das Programm auf Syrer, die bis zum 31. Mai 2013 bereits beim UNHCR im Libanon gemeldet waren. Das schließt alle aus, die später kamen oder in anderen Ländern festsaßen.

Das Auswahlverfahren ist ziemlich kompliziert und sehr zeitaufwendig. Die Erkenntnisse, die das UNHCR und andere Hilfsorganisationen – z. T. bei Hausbesuchen – über die Situation der Betroffenen gewonnen haben, werden im Libanon gebündelt. Für Jeden wird ein Dossier angefertigt, das dem BAMF (dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) in Nürnberg vorgelegt wird. Dieses entscheidet, wer ein Visum für die Ausreise beantragen darf.

In Deutschland lebende Syrer haben die Möglichkeit, mit Hilfe eines elektronischen Formulars ihre Daten mit denen der im Libanon lebenden Verwandten abgleichen zu lassen, damit sie so in die Liste der zur Übernahme Empfohlenen aufgenommen werden können. Die endgültige Entscheidung liegt immer beim BAMF. Einen Rechtsanspruch auf bevorzugte Bearbeitung eines Gesuchs gibt es nicht.

Das Auswahlverfahren des UNHCR ist inzwischen abgeschlossen, aber bis Anfang Februar waren erst etwa 2000 Personen eingereist.

Im Dezember hat die neue Bundesregierung das Kontingent um weitere 5000 Personen aufgestockt. 2014 soll über eine weitere Erhöhung entschieden werden. Damit ergibt sich die – allerdings nicht große – Chance für in Deutschland lebende Syrer, ihre Angehörigen hierher zu holen. Die Aufenthaltsgenehmigung ist zunächst auf 2 Jahre beschränkt.

Bevorzugt sind Menschen mit verwandtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland. Die Behörden können aber auch andere Kriterien berücksichtigen, so etwa Christen, die in Syrien verfolgt werden, oder gut Ausgebildete (evtl. weiteres Studium in Deutschland), die nach dem Kriege dringend benötigte Wiederaufbauleistung bringen würden.

Im Juni 2013 hat die Bundesregierung den einzelnen Bundesländern erlaubt, zusätzlich zu ihrem Flüchtlingskontingent eigene Aufnahmeanordnungen zu erlassen, damit bereits hier lebende Syrer ihre Angehörigen in Sicherheit bringen können.

Baden-Württemberg gestattet 500 Verwandten ersten oder zweiten Grades, also Ehegatten, Eltern und Kindern, oder Großeltern, Enkeln und Geschwistern die Einreise. Damit haben auch Menschen, die nicht im Libanon untergekommen sind, noch in Syrien leben oder bereits die Grenzen zu Europa überwinden konnten, eine Chance. Die Anträge müssen bis zum 28.2.2014 gestellt sein. Ist die Zahl von 500 Anträgen erreicht, werden keine weiteren angenommen. Berechtigt zur Antragsstellung sind Deutsche syrischer Abstammung oder Syrer, die eine befristete oder unbefristete Aufenthaltserlaubnis haben. Sie sollen vor dem 1.1.2013 eingereist sein.

Die Antragssteller müssen sich verpflichten, für Wohnen, Lebensunterhalt und Krankheitskosten dauerhaft aufzukommen. Daran scheitern Viele, denn neben ausreichend Wohnraum müssen sie ein über den eigenen Bedarf hinausgehendes Einkommen nachweisen. In einigen Bundesländern übernehmen die Sozialämter die Kosten für die Krankenversorgung.

Die Aufenthaltserlaubnis gilt für 2 Jahre (kann verlängert werden) und berechtigt zur Arbeit. Die Anträge auf „Vorabzustimmung zur Visaerteilung“ müssen bei der örtlichen Ausländerbehörde gestellt werden. Diese schickt sie an die zuständigen Botschaften. Diese wiederum laden die Betroffenen zu einem Termin vor Ort ein. – Eine Prozedur, die viel Zeit und Ausdauer braucht und ganz sicher viele enttäuschte Hoffnungen mit sich bringt.

Wir „Normalbürger“, von denen die Älteren nach dem Weltkrieg selbst Vertreibung und größte Not erleben mussten, haben kaum eine Ahnung, wie mit den Menschen aus Syrien umgegangen wird. Die Gleichgültigkeit und die Angst, etwas verlieren zu können, ist größer als das soziale, mitmenschliche Gewissen, das die Regierungen und uns alle zu Toleranz, Solidarität und Hilfe verpflichtet, was auch bestehende europäische Gesetze vorschreiben.

Gisela Baumann

Das Projekt „TasseTee“ und die Tagung zum Antiziganismus

Die studentische Initiative *TasseTee* wurde im Dezember 2012 von vier ausländischen Studentinnen der PH Karlsruhe, Yana Shykyrina, Aynur Mammadova, Nuray Mammadova, Nicoleta Elena Alexander, in Kooperation mit dem Internationalen Begegnungszentrum (IBZ) und dem Verein Freunde für Fremde gegründet. Im Rahmen dieses Projektes wird Flüchtlingen aus zwei dezentralen Gemeinschaftsunterkünften samstags die Möglichkeit angeboten, sich im IBZ mit den Leiterinnen des Projektes bei Kaffee, Tee und Kuchen zu treffen, um mögliche Fragen und Probleme zu klären. Im Laufe der Zeit verschob sich der Fokus des Projektes auf Kinder und Jugendliche unter den Flüchtlingen, weil sie diejenigen sind, die unter der extremen Enge und Isolation der Gemeinschaftsunterkünfte leiden. Die Bewohner der beiden Gemeinschaftsunterkünfte, die das Projekt *TasseTee* betreut, kommen überwiegend aus Serbien, Mazedonien und Bosnien und werden öfter als *Roma* bezeichnet.

In der Öffentlichkeit ist die Bezeichnung *Sinti und Roma* weit verbreitet. Diese ethnische Bezeichnung ergibt nur dann Sinn, wenn sie als eine Abkürzung für die volle Version, *die deutschen Sinti und Roma*, angewendet wird. Denn im Vergleich zu dem Begriff *Roma*, der durch die meisten Organisationen als ein akzeptabler Sammelbegriff für weltweit eingesessene unterschiedliche mehr oder weniger verwandte Ethnien anerkannt wird, gibt es keine nicht deutschen Sinti. Die Ethnien verfügen über keinen eigenen Staat und sind eher als ethnische Gruppen, die sich unterschiedlich benennen und identifizieren, zu verstehen. Die deutschen Sinti und Roma gehören neben Sorben, Friesen und Dänen zu den Nationalen Minderheiten in Deutschland und zwar bereits seit mehr als 600 Jahren. Die Zahl der deutschen Sinti und Roma wird auf etwa 70.000 Personen im ganzen Bundesgebiet geschätzt. Neben der deutschen Sprache wird von den deutschen Sinti und Roma auch die eigene Sprache der Ethnie, Romanes, gesprochen. Zu den größten Organisationen, die die deutschen Sinti und Roma in Deutschland vertreten, gehören **der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma e. V. und die Sinti Allianz Deutschland e. V.**

Auch in der Tagung *Antiziganismus überwinden*, die am 21. und 22. November 2013 in der evangelischen Akademie Bad Boll stattfand, wurde auf die mit der Ethnie verbundenen Begrifflichkeiten eingegangen. Der Begriff *Zigeuner* wurde von den in der Tagung vertretenen Angehörigen der Ethnie ausdrücklich als diskriminierend und beleidigend bezeichnet und nur in Verbindung mit eigenen Begegnungen mit Alltagsrassismus erwähnt. Die einzige akzeptable Anwendung des Wortes *Zigeuner* ist im Zusammenhang mit dem Begriff Antiziganismus, der die Praktik der Diskriminierung und der Ausgrenzung aufgrund der ethnischen Angehörigkeit zu Sinti oder Roma bedeutet. In der Tagung wurden folgende typische Aspekte des Antiziganismus in Deutschland diskutiert:

- Missachtung der Opfergeschichte und Weglassen des Völkermordes aus den aktuellen politischen und medialen Diskussionen, Darstellung der Opfer als Täter (indem sie als selbst schuldig bezeichnet werden)
- sekundärer Antiziganismus (wegen oder trotz des Völkermordes), als eine Strategie, um Schuldgefühle wegen der NS-Zeit abzuweisen
- Romantisierung der Gruppe (Zuschreibung von einer romantischen und exotischen Lebensart, der eingeborenen Musikalität und der Sehnsucht nach Reisen)
- Idee der eigenen und der nationalen Überlegenheit im Vergleich zu der Unterlegenheit der Ethnie, auch in Verbindung mit der Idee der eigenen Leistungsfähigkeit
- Beschuldigung der Ethnie an der eigenen Armut
- Attraktivität der oben aufgeführten Aspekte für die Mehrheitsgesellschaft, unter anderem als ein Mittel zur Erklärung der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen
- Antiziganismus ist demnach nicht mit den Ängsten, sondern mit der Attraktivität verbunden

Um den Antiziganismus zu vermeiden bzw. dagegen zu agieren, wurden folgende Vorgehensweisen vorgeschlagen:

- Beachtung der Heterogenität der unter der Bezeichnung Roma gemeinten Ethnien
- Durchführung der Ermittlungen in Fällen der Diskriminierung
- Gründung von Fonds, um Unterstützung für Betroffene zu ermöglichen
- Unterstützung der Forschung des Antiziganismus unter Benutzung der in der Antisemitismusforschung ausgearbeiteten wissenschaftlichen Methoden

Als eines für die Ethnie enorm wichtigen Ereignisses wurde in der Tagung die Unterzeichnung des Staatsvertrages zwischen dem Land Baden-Württemberg, vertreten durch den Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann und dem Landesverbands Deutscher Sinti und Roma, vertreten durch den Verbandsvorsitzenden Daniel Strauß gesehen. Neben den finanziellen Aspekten beinhaltet der Vertrag Sätze über die Einhaltung der historischen Verantwortung gegenüber Sinti und Roma, die im Nationalsozialismus ermordet wurden.

Die Situation der Roma in ehemaligen jugoslawischen Ländern und einigen anderen europäischen Ländern wurde in der Tagung auch diskutiert. Es wurde erwähnt, dass der dort weit verbreitete Antiziganismus eine Ursache dafür ist, dass keine Lösungen auf der dortigen Regierungsebene gesucht werden. Antiziganismus führt dazu, dass den als Roma eingestuften Menschen der Zugang zu jeglicher gesellschaftlichen Partizipation verweigert wird. Als Folge gehen diese Menschen auf die Flucht und landen in Deutschland, wo sie aufgrund der im Koalitionsvertrag verankerten Entscheidung, dass Bosnien und Herzegovina sowie Mazedonien und Serbien sichere Herkunftsländer sind, im Schnellverfahren abgelehnt werden. Diese Entscheidung lautet wie folgt:

„Wir wollen die Westbalkanstaaten Bosnien und Herzegowina, EJr Mazedonien und Serbien als sichere Herkunftsstaaten im Sinne von §29a Asylverfahrensgesetz einstufen, um aussichtslose Asylanträge von Angehörigen dieser Staaten schneller bearbeiten und ihren Aufenthalt in Deutschland schneller beenden zu können.“

Auch die Hilfe der internationalen Organisationen kommt in vielen Fällen bei den Betroffenen nicht richtig an. Der Grund dafür ist nicht nur die extreme Kurzfristigkeit der Projekte, sondern auch Antiziganismus sowohl der Mitarbeiter der Projekte, als auch der lokalen Regierungen. Die *Forderungen von Romnokher, Haus für Kultur, Bildung und Antiziganismusforschung an den Bund und die Länder in Deutschland*, die anlässlich der Tagung vorgelegt wurden, beinhalten unter anderem die Schaffung eines sicheren Aufenthaltsstatus für Roma aus Nicht-EU-Ländern.

Die Tatsache, dass Antiziganismus und nicht die Armut der Hauptgrund der Flucht aus Serbien, Bosnien und Mazedonien ist, wird auch aus den Begegnungen mit den Flüchtlingen im Rahmen des Projektes *Tasse Tee* ersichtlich. Die Flüchtlinge berichten den Projektleiterinnen regelmäßig über diskriminierende Erfahrungen in ihren Heimatländern. Die Schicksale der Menschen sind sehr unterschiedlich. Es gibt Eltern, die Analphabeten sind, ihre Kinder aber trotzdem regelmäßig in die Schule schicken. Es gibt aber auch Familien, die das ganze Leben in Siedlungen ohne Schulen verbringen. Immer wieder kommen Familien nach Deutschland, die ein relativ gutes, geregeltes Leben in ihren Heimatländern hatten, aber mit kriminellen Strukturen konfrontiert wurden. Es ist dort allgemein bekannt, dass die Menschen, sobald sie als Roma eingestuft werden, keine Hilfe seitens der lokalen Polizei erwarten können. Deswegen sind sie jeglicher Art Erpressung völlig schutzlos ausgesetzt. Mit Ausnahme der wenigen Einzelfälle werden alle Flüchtlinge aus Serbien, Bosnien und Mazedonien in ihre Heimatländer zurückkehren. Und etwa die Hälfte davon wird wegen der Aussichtslosigkeit im Heimatland in einem Jahr wieder kommen.

Hier sind einige Geschichten, die uns im Laufe der Zeit mitgeteilt wurden.

Herr K., seine Frau und drei Kinder schliefen, als drei Männer in Masken und mit Gewehr in ihr Haus eindrangen. Nachdem sie der Familie alles Wertvolle weggenommen hatten, verlangten sie noch eine große Geldsumme, die bis zu einem bestimmten Zeitpunkt bereitgestellt werden sollte. Gleich nach dem Einbruch rief Herr K. die lokale Polizei. Die Polizisten, die gekommen sind, wiesen aber die Klage ab und es wurde nicht einmal der Sachverhalt schriftlich aufgenommen. Da Herr K. über so eine große Geldsumme nicht verfügte, lebte die Familie mehrere Wochen in Angst. Die Frau von Herr K. konnte kaum noch schlafen. Dann beschlossen sie, das Land zu verlassen.

Auch die Familie A. wurde erpresst. Ihre Klage ging aber an das lokale Gericht. Und sogar nachdem der Richter offensichtlich bestochen wurde, gab die Familie nicht auf. Sie wandten sich an das Gericht der Hauptstadt ihres Heimatlandes. Nur als sie auch dort keine Gerechtigkeit finden konnten, verließen sie das Land. Zurück blieb ihr selbst gebautes Haus, die Schule, in die ihre zwei Kinder gingen und ein geregelteres Leben, das sie über die Jahre so mühsam aufgebaut hatten.

Frau und Herr M. kamen nach Deutschland mit ihren bereits erwachsenen Söhnen. Sie arbeiteten das ganze Leben in ihrem Heimatland, bis sie wegen des Alters nicht mehr arbeiten konnten. Da ihre Arbeitgeber sie nie offiziell einstellten, haben sie nun keinen Anspruch auf Rente. Auch ihre zwei Söhne können ihnen nicht helfen, da sie trotz abgeschlossener handwerklicher Ausbildung keine Arbeit finden. „Überall, wo wir gehen, sind wir *Zigeuner*“, berichtet einer der Söhne. Die Familie hörte von Verwandten, dass Deutschland ein Staat ist, in dem Menschenrechte beachtet werden, und beschloss zu fliehen.

Frau S. weiß dagegen ganz genau, dass sie keinen Asylschutz in Deutschland bekommen wird. Sie ist aber im siebten Monat der Schwangerschaft und möchte, dass ihr zweites Kind hier in einer Klinik auf die Welt kommt. Ihr erstes Kind starb bei der Geburt vor zwei Jahren in ihrem Heimatland. Die Ärzte verweigerten ihr jegliche Auskünfte über die Ursache des Todes. „Das möchten wir nicht mehr erleben“, sagt der Ehemann, der Frau S. auf der Reise begleitet. Sie möchten auch keine Rechtsberatung, lediglich eine Spende – ein Nachthemd, damit Frau S. im Krankenhaus etwas zum Anziehen hat.

Auch die Familie Z. hat keine Hoffnung, in Deutschland bleiben zu dürfen. Sie wissen aber nicht, wie sie in ihrem Heimatland überleben sollen. Der Vater der Familie, Herr J., ist ein Lehrer, nachdem aber die Schule, in der er Jahre lang arbeitete, geschlossen hat, bekam er von anderen Schulen nur Absagen. „Ich sage Ihnen nicht, dass ich Roma bin. Sie sagen mir ab, wenn sie sehen, dass ich *schwarz* bin“, antwortet er auf meine Frage, wie die Arbeitgeber denn erfahren, dass er anders ist als sie. Herr J. ist hier in Deutschland zum vierten Mal und kann sich ziemlich gut auf Deutsch verständigen. Diesmal ist nicht nur seine Frau, sondern auch sein Sohn mit der Ehefrau und ihrem Kind dabei. Der Sohn von Herrn J. war einer der besten in der Schule, konnte aber aus dem gleichen Grund wie der Vater keine entsprechende Arbeit finden. Da der junge Mann aber die Familie versorgen musste, beschloß er als Taxifahrer zu arbeiten. Eines Tages fuhr er einen Kunden, der ihn im Anschluss mit zwei weiteren Männern brutal zusammenschlug. Nach Monaten im Krankenhaus, reiste nun ganze Familie aus. Herr J. zeigt mir stolz seinen kleinen Enkelsohn, der eine hellere Hautfarbe als die ganze Familie, hat: „Schau, der ist *weiß*! Gott sei Dank! Keiner sieht, dass er *Zigeuner* ist!“.

Verfasst von Yana Shykyryna

Iran, ein Land im Aufbruch

Eindrücke und Impressionen von meiner Iranreise nach dem Machtwechsel im Iran

Es sind 12 Jahre her, seit ich meine letzte Reise in den Iran gemacht habe. Unabhängig von meinem beruflichen Interesse, das mich motivierte, dieses Land wieder zu besuchen, war es auch die Sehnsucht, dieses Land mit seinen großartigen Kulturlandschaften noch einmal wieder zu sehen.

Was mich in den vergangenen Jahren davon abgehalten hatte, waren die Schreckensberichte meiner iranischen Klienten unter den Asylsuchenden, die in diesen Jahren zahlreich und oft auf riskanten abenteuerlichen Wegen hier bei uns eintrafen und um Asyl baten.

Das Regime Ahmadinedschads ist in den Medien hinlänglich beschrieben worden mit seinem grausamen Umgang mit Andersdenkenden und all jenen, die opponierten und sich dem Diktat des Regimes verweigerten.

Während der vorletzten Wahl 2009 hatten Tausende auf den Straßen Irans die Absetzung des verhassten Regimes gefordert. Es waren vor allem junge Menschen, die sich an den Massendemonstrationen beteiligten und auf einen Regimewechsel hofften.

Die Regierung war allerdings darauf bestens vorbereitet und hatte an den Straßen zahlreiche Pasdarane und Basidsch Milizen aufgestellt, um die Proteste niederzuschlagen. Diese waren darauf allerdings bestens organisiert, hatten eigens dafür installierte Gefängnisse in Teheran vorbereitet, um protestierende Jugendliche weg zu sperren. Tausende wurden aus den Protestdemos herausgeholt, mit einem Schlag auf den Kopf kalt gestellt, auf kleine Transporter geworfen, die bereit standen und in provisorische Gefängnisse geschafft.

Was dort geschah, will ich Ihnen, liebe Leser, lieber nicht beschreiben.

Eine große Anzahl dieser Opfer wurden, nachdem sie freigekauft oder entlassen wurden, von ihren Familien außer Landes gebracht, oft mit viel Geld an Fluchthelfer überstellt, die versuchten, sie entweder nach Amerika oder ins europäische Ausland zu schaffen.

Der Weg nach Europa führte meist über die Türkei, da diese visumsfrei zu erreichen ist. Aber nicht alle kamen da an, wohin sie gebracht werden sollten, und nicht wenige unter ihnen waren durch die Flucht nochmals traumatisiert. Dies war der Grund, weshalb die Zahl der Asylsuchenden aus dem Iran wieder anstieg.

Im vergangenen Jahr reisten 4424 iranische Asylsuchende nach Deutschland ein. 263 davon wurden anerkannt, dies entspricht einer Quote von 5,94%. Dankenswerter Weise wurden jene, denen man keine Anerkennung auf politische Verfolgung zuerkannt hatte, nicht abgeschoben, sofern sie keine strafbaren Handlungen begangen hatten. Über eine Arbeitsaufnahme in Mangelberufen hatten sie die Möglichkeit, einen Weg in die Integration zu finden.

Die Wahl Rohanis zum Präsidenten, wie auch die Besetzungen der jeweiligen politischen Ämter ließen Erwartungen und Hoffnung auf eine echte Korrektur der Politik zu.

Meine ehemaligen Klienten übermitteln mir ständig neue Nachrichten aus dem Iran, die sie aus den Netzwerken holen und hoffen jetzt vor allem, dass sich der Umgang mit den Frauen und mit den leidgeprüften ethnischen Minderheiten ändern wird.

Diese Entwicklung ermutigte mich schließlich und machte mich neugierig. Gerne wollte ich mir selbst einen Eindruck davon machen.

So entschloss ich mich kurzfristig das freundliche Angebot eines inzwischen deutschen Iraners aus der 1. Generation iranischer Flüchtlinge anzunehmen, und ein Visum zu beantragen.

Jahrelang tat ich dies nicht, zum einen, weil der Umgang mit dem Konsulat sehr restriktiv war und ich auch befürchten musste, aufgrund der zahlreichen Spitzel in unserem Land, dass die Akteure dort wussten, welcher Tätigkeit ich nachgehe.

Iran kann man wegen des noch bestehenden Embargos nicht direkt anfliegen. Es war nur möglich, über einen Anrainerstaat einzureisen, in unserem Falle war es Doha.

Wir flogen zunächst nach Schiraz, einer Stadt mit einer großen alten Kultur, die wir gerne wiedersehen wollten. Unser Gastgeber versorgte uns mit allen politischen Informationen und vermittelte uns wertvolle Einladungen innerhalb seiner Familie, wo wir die Möglichkeit hatten, Gespräche über die derzeitige Situation im Iran zu führen. Das vorherrschende Thema war bei der Mehrzahl unserer Gesprächspartner/innen die erschreckende Verarmung der Bevölkerung, die auch den gebildeten Mittelstand getroffen hat

Hinzu kommt, dass derselbe iranische Mittelstand in der Vergangenheit alle Maschinen und Haushaltsgeräte aus Deutschland kaufte und jetzt im Falle von auftretenden Reparaturen keine Ersatzteile mehr bekam. Darüber hinaus waren alle, auch Fremde, die wir auf der Straße trafen, schon bei unserem Anblick gewillt, mit uns zu sprechen um uns zu sagen, dass es ungerecht sei, dass man sie bestraft für die üble Politik des Ahmadinedschad-Regimes.

Die Offenheit für Gespräche war für uns völlig überraschend. Wo immer wir uns bewegten, in den Städten kamen sofort Menschen auf uns zu und begrüßten uns. Sehr hilfreich war dabei die Anwesenheit meines Mannes, denn nur in seiner Begleitung konnte ich auch mit den Männern ins Gespräch kommen.

Es ist im Iran Frauen nicht erlaubt fremde Männer und Männern nicht Frauen anzusprechen.

Am mutigsten waren mit Abstand die Frauen, vielleicht auch, weil ich sofort reagierte und auf sie zuing. Schon von weitem grüßten sie „welcome to Iran“, „Nice to see you in Iran“ oder oft auch „Thank you for coming to Iran“. Wir blieben meistens stehen und waren dann sofort in einem interessanten Austausch.

Völlig überraschend war für mich auch die völlig andere Bekleidung. Ich orientierte mich im Hinblick auf meine Bekleidung nach meinen Erfahrungen bei der letzten Iranreise und war bemüht, mich den islamischen Vorschriften entsprechend zu bekleiden mit langen Hosen, Bluse und einem langen Mantel und habe pflichtgemäß meine Haare komplett versteckt unter dem Kopftuch.

Aber zu meinem Erstaunen traf ich jetzt auf Mädchen und junge Frauen, die fast wie in Europa gekleidet waren mit Jeans, flotten, allerdings langarmigen Blusen ohne Mäntel, manchmal mit kurzen Jacken.

Am 2. Tag fragte mich eines der jungen Mädchen, die mich auf der Straße anhielten und mit uns sprechen wollten: „Why do you wear this dreadful coat?“, we just throw it away!“ Selbst das Kopftuch wurde nur noch pro forma getragen; der vordere Teil des Kopfes blieb völlig unbedeckt.

Diese Eindrücke beziehen sich auf meine Wahrnehmung in den Städten.
Nach dem Amtsantritt Rohanis waren plötzlich in den Schaufenstern der Modeboutiquen europäische Kleidung zu sehen, Sommerkleider mit kurzen Ärmeln und Dekolleté. Rohani ließ daraufhin etwa 40 Modehäuser in Teheran schließen.

Als ich in Isphahan über den Basar ging, fand ich mehrere Stände mit westlicher Kleidung.

Mit großem Erstaunen verfolgte ich auch die Diskussionen auf dem Basar. Unsere Anwesenheit dort wurde sofort zur Kenntnis genommen, zum einen, weil man in uns mögliche Kunden sah, aber auch, weil man das Gespräch mit einem Europäer suchte.

Im Mittelpunkt des Gesprächs stand zunächst immer die Frage: Warum kommt Ihr nicht mehr, warum habt Ihr uns im Stich gelassen? „We are no Islamists“ wurde uns immer wieder gesagt. Dann folgten in der Regel die Leidensberichte aus den letzten Jahren. Geschimpft wurde laut, über die verfehlte Politik; oft gesellten sich andere dazu. Am Ende wurde immer die Hoffnung ausgesprochen, dass das Embargo endlich fällt.

Wie stark die Verarmung in diesen Jahren zugenommen hat, nahmen wir ganz besonders wahr, als wir die großen Metropolen verließen und in ländliche Regionen oder kleinere Städte kamen, wie beispielsweise in Kashan.

Die einstige Teppichmetropole machte einen düsteren Eindruck. Der große, Jahrhunderte alte Basar ist geprägt durch eine Vielzahl von Teppichgeschäften, die angefüllt sind mit den berühmten Kashan Teppichen, die für ihre hohe Qualität bekannt sind.

Die Läden waren gähnend leer, nur die Goldgeschäfte waren gut besucht, weil die Menschen ihr eingenommenes Geld wegen der hohen Inflationsrate sofort in Gold umtauschen.

Die Frauen trugen in der Mehrzahl den Shador, nicht unbedingt deshalb, weil sie besonders regimetreu und fromm sind, sondern auch aus Geldgründen, ließ man mich wissen.

Auch auf unserer Rundreise in der alten Kulturlandschaft Natanz konnte man die Armut sofort wahrnehmen. Die Bausubstanz vieler historischer Gebäude ist zerfallen, darunter auch alte Kirchen. Viele Menschen sind weggezogen, möglicherweise wegen fehlender Arbeitsplätze, vielleicht auch wegen der unterirdischen Atomanlagen.

Wie bei jeder Iranreise haben wir auch dieses Mal wieder Persepolis besucht, auch deshalb, weil die 2 ½ Jahrtausende alte Ausgrabungsstätte inzwischen die große alte Kultur des Perserreiches frei gelegt hat und mit ihr auch den Führungsstil der großen Perserkönige sichtbar gemacht hat.

Für die junge Bevölkerung ist Persepolis ein Identifikationsort geworden, das „Tor aller Länder“, mit dem Aufmarsch der 28 Völker des Perserreiches wird als Symbol für die Toleranz dieses vorislamischen Staates gesehen, deren Herrscher einen Vielvölkerstaat regiert und zusammen gehalten haben, nicht durch Unterwerfung und Gewalt, sondern durch Respekt und gegenseitige Anerkennung.

Der Adler über dem Eingang zur Palastanlage war zum Symbol für die protestierenden Jugendlichen im Iran geworden. Eine große Zahl dieser jungen Männer trägt das Symbol als Anhänger um den Hals, um den Mullahs zu vergegenwärtigen, dass es in Persien schon eine monotheistische Religion gab vor dem Islam und diese zoroastrische Religion im Gegensatz zum derzeitigen Regime mehr Toleranz gegenüber den anderen Religionen zeigte.

333 n. Chr. wurde Persepolis von Alexander d. Großen zerstört. Das Reich zerfiel.

Sowohl bei unserem Besuch in Persepolis, als auch in zahlreichen Gesprächen mit den Iranern in Karlsruhe, hörte ich immer wieder die Meinung: Diese Religion ist uns viel näher in ihrer Spiritualität und in ihrer ethischen Ausrichtung.

Ich nehme nicht für mich in Anspruch, den Verlauf der politischen Entwicklung im Iran beurteilen zu können.

„Der Iran ist ein gespaltenes Land“ erklärte mir ein Gesprächspartner.

Das Netzwerk der Revolutionswächter ist immer noch ein großer Machtfaktor, schreibt Bahman Nirumand in seinem letzten Iran Report.

Meine Wahrnehmungen sind Schlaglichter, die ich durch meine Gespräche gewonnen habe.

Monatliche öffentliche Hinrichtungen in den Kurdengebieten wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, die Niederschlagung einer friedlichen Demonstration der Ahwazi Araber gegen die Zwangsassimilierung, die in einem Blutbad endete, sprechen eine beredte Sprache. Die ethnischen und religiösen Minderheiten im Iran schweigen aus Angst vor weiteren Repressionen.

Dennoch möchte ich meinen Reisebericht schließen mit einer Empfehlung:

Wie wäre es mit einer Reise in den Iran? Ich gehe davon aus, dass es bald wieder eine Fluglinie Frankfurt – Teheran geben wird.

Die Iraner würden sich freuen und Sie wären mit Sicherheit beeindruckt von einer großen Kultur und freundlichen Menschen.

Heidi Meier-Menzel

Bericht über „David“

Seit Jahren berichte ich von „David“. Er kam mit 15 Jahren aus Uganda. Dort war er Kindersoldat gewesen. Und es gelang ihm, auf abenteuerliche Weise zu fliehen.

Da er minderjährig war, kam er zuerst in ein Kinderheim in einem kleinen Dorf in Baden-Württemberg. Dort lernte er im Heim und in der Grundschule Deutsch, danach besuchte er, erst als Gast, später als Schüler ein Technisches Aufbaugymnasium. Nach dem Abitur fand er eine große Firma, die ihm das duale Studium als Bauingenieur ermöglichte. Auch das ist jetzt mit Erfolg beendet. Die Firma hat ihn als neuen Mitarbeiter eingestellt und alle freuen sich auf eine gute Zusammenarbeit.

Ich habe immer wieder von „David“ berichtet, weil ich Sie bitten möchte, geben Sie „David“ oder „Faduma“ einen Platz in Ihrer Familie. „David“ hat drei deutsche Familien, die sich vorher nicht gekannt haben und jetzt befreundet sind.

Ja, es macht Arbeit und es gibt schwierige Situationen, es macht aber auch Freude, mitzuerleben, wie aus einem verzweifelten Jugendlichen ein ganz besonderer Erwachsener wird.

Es gibt hier in Karlsruhe viele Möglichkeiten, „David“ oder „Faduma“ kennen zu lernen: in den Teestuben, bei Ajumi, im Deutschkurs, bei Spielgruppen oder Sommerfesten. Kommen Sie doch einfach vorbei!

Erika Pintschovius

Flüchtlingspolitik – ein schwer durchschaubares Thema

Immer wieder erleben wir in Gesprächen, dass über die Situation von Flüchtlingen in Deutschland ungenaue, oft auch falsche Vorstellungen herrschen. Dies kann leicht zu Vorurteilen und Diskriminierung führen. Deshalb sehen wir es als eine unserer Aufgaben an, hier zu informieren, zumal die Medien bei diesem Thema auch eher zurückhaltend sind. Hilfreich ist uns allerdings immer wieder die Wochenzeitung „Die Zeit“. Sie greift z. B. in ihrer Ausgabe vom 17.10.2013 unter der Überschrift „Worum es wirklich geht – Flüchtlinge in Europa: Die wichtigsten Fragen und Antworten“ anhand von acht Punkten zentrale Fragen auf. Ausgehend von dieser Grundlage wollen wir hier deshalb einiges darlegen und ergänzen:

1. Wie viele Migranten und Flüchtlinge leben in Deutschland?

Laut statistischem Bundesamt leben ca. 82 Millionen Menschen in Deutschland, davon sind 15 Millionen (18,9%) Menschen mit Migrationshintergrund; das sind alle nach 1949 Zugewanderten einschließlich der hier geborenen Ausländer, sowie der hier geborenen Deutschen mit mindestens einem ausländischen Elternteil.

Im Jahre 2013 haben 109580 Menschen in Deutschland einen Asylantrag gestellt, wie viele davon anerkannt werden, ist noch nicht bekannt, weil die Asylverfahren oft sehr lange dauern. Außer Migranten und Asylbewerbern leben noch 87000 Geduldete hier, das sind Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, die aber nicht zurück geschickt werden, entweder weil sie keinen Pass haben oder weil ihnen in ihrem Herkunftsland Gefahr für Leib und Leben droht.

Auch die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien ist in der Diskussion.

2. Welche legalen Möglichkeiten haben Arbeitsmigranten, nach Deutschland zu kommen?

Wer einen in Deutschland anerkannten Hochschulabschluss hat, kann seit 2012 nach Deutschland einreisen und sechs Monate lang einen Arbeitsplatz suchen, muss sich in der Zeit aber selbst versorgen können. Hochqualifizierte, die ein Jobangebot haben, können über die EU-Regelung, der „Blauen Karte“ einreisen. Viele Flüchtlinge kennen diese Regelung nicht, etwa zehn Prozent müssten kein Asyl beantragen, wenn sie sich auf das Aufenthaltsgesetz berufen würden.

3. Welche Sozialleistungen bekommen Flüchtlinge?

Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommen Asylbewerber neben der bereitgestellten Unterkunft und, je nach Bundesland, einer Mischung von Sach- und Geldleistung für Essen und Kleidung 137 Euro im Monat, Kinder je nach Alter weniger.

Zuwanderer aus den EU-Ländern – seit Anfang 2014 also auch Rumänien und Bulgarien – erhalten Kindergeld, ob sie auch Leistungen nach Hartz IV erhalten, ist strittig und in der Diskussion.

4. Nehmen Flüchtlinge den Deutschen Jobs weg?

Anerkannte Asylbewerber (wie auch alle EU-Bürger) haben freien Zugang zum Arbeitsmarkt. Während des Asylverfahrens ist erst nach neun Monaten eine Tätigkeit erlaubt und auch nur eine solche, für die sich kein deutscher oder EU-Arbeitssuchender findet. Diese Regelung ist politisch umstritten, vor allem aus Kreisen der Wirtschaft wird die frühere Arbeitserlaubnis gefordert, aber auch Flüchtlingsinitiativen fordern einen Zugang zum Arbeitsmarkt so früh wie möglich. Wir teilen diese Sichtweise.

5. Schadet die Auswanderung den armen Ländern?

Es sind vor allem die jungen, gut ausgebildeten und leistungsfähigen Menschen, die den Weg nach Europa wagen. Viele befürchten, dass die armen Länder durch eine großzügigere Einwanderungspolitik noch stärker ausgezehrt werden. Auf der anderen Seite sind Experten der Meinung, dass Migration auch diesen Ländern Entwicklungschancen bietet, da

Flüchtlinge und Auswanderer einen Teil ihres Einkommens nach Hause schicken und damit ihren Familien helfen. Die Rücküberweisungen haben laut der Welternährungsorganisation FAO „das Potenzial, Armut und Hunger zu reduzieren, die Ernährung zu verbessern und die Wirtschaft zu stärken“. Allein die offiziellen Transferzahlungen von Arbeitsmigranten sind etwa das Dreifache dessen, was die Geberländer der OECD für die Entwicklungshilfe ausgeben.

6. Ist Europa schuld daran, dass so viele fliehen?

Außer Verfolgung und Diskriminierung im Herkunftsland sind auch Armut und Hunger Fluchtursachen. Vor allem für Menschen aus Afrika. Diese Misere haben nicht nur die korrupten Regierungen zu verantworten, sondern schuld daran sind fatale Fehlentscheidungen in Europa, eine die heimische Landwirtschaft aushöhlende Agrarpolitik durch die Kreditgeber, der Import von subventionierten EU-Produkten, gegen die die afrikanischen Bauern mit ihren heimischen Produkten nicht konkurrieren können, die Fischzüge europäischer Trawler vor der westafrikanischen Küste, die den heimischen Fischern auf Grund der Überfischung nur wenig übrig lassen. Auch für den Klimawandel, der den Menschen durch Dürren und Fluten die Existenzgrundlage nimmt, ist Europa mitverantwortlich. „Fluchtursachen bekämpfen“: Dieser von Politikern häufig gestellte Forderung wird nur halbherzig und nicht konsequent nachgegangen.

7. Sind die Deutschen fremdenfeindlich?

50 Prozent der Deutschen halten ihr Land inzwischen für ein Einwanderungsland und sehen nach einer Studie des German Marshall Fund von 2011 die Einwanderung von Migranten als Chance für das Land, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, als notwendiges Mittel gegen den Fachkräftemangel. Sieben von zehn Befragten gaben in einer Emnid-Umfrage an, dass Ausländer das Leben in Deutschland interessanter mache. Trotzdem befürchten zwei Drittel der Bürger, dass Migranten die Sozialsysteme zu stark belasten.

8. Wie machen es andere Länder?

Die Skandinavier haben die weltweit liberalste Flüchtlingspolitik. In Schweden bekommen alle Flüchtlinge aus Syrien Asyl (seit 2012 waren es 14700) mit unbefristetem Aufenthalt und können ihre Familien nachholen. Italien dagegen ist besonders streng, illegale Einwanderung ist ein Straftatbestand und auch Einheimische, die Flüchtlingen z. B. in Seenot helfen, müssen mit Strafen rechnen. Die Erstaufnahmelager sind völlig überfüllt. Oft können die Flüchtlinge dort nur Monate bleiben und werden danach auf die Straße gesetzt. Dabei muss allerdings bedacht werden, dass Italien eines der Länder ist, wo europaweit die meisten Flüchtlinge ankommen.

Annette Häusler und Gertrud Stihler

Flüchtlingsaufnahmegesetz - FlüAG – 3. Fassung vom 19.12.2013, gültig ab 01.01.2014

1. Entwicklungen der vergangenen Jahre

Wenn die EU-Bürokratie in Brüssel bisweilen heftig kritisiert wird, weil sie alles und jedes regulieren und die nationale Vielfalt strangulieren wolle, dann darf man die segensreiche Arbeit der EU-Kommission auf dem Gebiet des Asylrechts nicht übersehen, die sich seit dem Amsterdamer Vertrag von 1999 entwickelt hat und welche die nationalen Staaten im Interesse eines vereinheitlichten Asylrechts immer mehr zwingt, vernünftige, liberalere und humanere Lösungen einzuführen. Die BRD muss sich den Vorgaben aus Brüssel unterwerfen.

Diese Vorgaben sind u.a. in der sog. Aufnahmerichtlinie^[1] 2003/09 enthalten, die die Lebensbedingungen von Asylantragstellern für die Dauer des Asylverfahrens festlegt. Den Antragstellern soll in dieser Zeit ein menschenwürdiges Leben ermöglicht werden, auch um das Asylverfahren angemessen betreiben zu können. - . Diese Richtlinie legt u.a. fest:

- **Kindern ist der Zugang zum Bildungssystem zu ermöglichen** (Bisher sollten während des Verfahrens jegliche integrationsfördernde Maßnahmen unterbunden werden. So auch z.B. der Sprachunterricht.)
- **Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die gewährten materiellen Aufnahmebedingungen einem Lebensstandard entsprechen, der die Gesundheit und den Lebensunterhalt der Asylbewerber gewährleistet.** - Die materiellen Aufnahmebedingungen können in Form von Sachleistungen, Geldleistungen oder Gutscheinen oder einer Kombination dieser Leistungen gewährt werden. (Die notwendige Grundversorgung der Schutzsuchenden erfolgte bis auf ein sehr geringes Taschengeld ausschließlich durch Sachleistungen, bestenfalls durch Gutscheine).
- **Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass Asylbewerber die erforderliche medizinische Versorgung erhalten, die zumindest die Notversorgung und die unbedingt erforderliche Behandlung von Krankheiten umfasst.** - Die Mitgliedstaaten gewähren Asylbewerbern mit besonderen Bedürfnissen die erforderliche medizinische oder sonstige Hilfe.
- **Die Mitgliedstaaten berücksichtigen die spezielle Situation von besonders schutzbedürftigen Personen wie Minderjährigen, unbegleiteten Minderjährigen, Behinderten, älteren Menschen, Schwangeren, Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern und Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben.** Bei Minderjährigen ist vorrangig das Wohl des Kindes zu berücksichtigen. – Unbegleitete Minderjährige sind in speziellen Aufnahme- und Betreuungszentren aufzunehmen.

2. Inhalte der jetzt ab 01.01.2014 gültigen Drittfassung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes

Mit diesem Gesetz hat das Land Baden-Württemberg einen großen Schritt nach vorne gemacht und die Aufnahmebedingungen für Flüchtlinge in wesentlichen Punkten verbessert und die europarechtlichen Vorgaben umgesetzt:

- **Die besonderen Belange schutzbedürftiger Personen im Sinne der Aufnahmerichtlinie müssen berücksichtigt werden.** – Auf eine Identifizierung schutzbedürftiger Personen ist hinzuwirken.
- **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge dürfen in der zentralen Erstaufnahmeeinrichtung in Karlsruhe überhaupt nicht aufgenommen werden.** Sie werden in

speziellen Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht und betreut. – Näheres ist in § 4 der DVO FlüAG vom 19.12.2013 geregelt.

- Neu eintreffende Personen erhalten Zugang zu qualifizierter Sozial- und Verfahrensberatung
- Die vorläufige Unterbringung in den Stadt- und Landkreisen erfolgt nicht mehr grundsätzlich in Gemeinschaftseinrichtungen, sondern kann auch in normalen Wohnungen erfolgen. Für die letztere Alternative sind vorrangig schutzbedürftige Personen zu berücksichtigen. Gerade bei Personen mit einer posttraumatischen Belastungsstörung - eine häufig bei Flüchtlingen vorhandene Störung – ist es für ihre Gesundheit wichtig, externe Stressfaktoren, die bei einer Gemeinschaftsunterbringung meist vorliegen, zu vermeiden.
- Pro Unterbringungsplatz ist eine Wohn- und Schlaflfläche von mindestens sieben Quadratmetern (bisher 4,4 m²) zugrunde zu legen. – Dies ist eine herausragende Verbesserung, die bis zum 31.12.2015 umgesetzt werden muss.
- Die für die vorläufige Unterbringung vorgesehenen Liegenschaften sollen auf Grund ihrer Lage und Beschaffenheit die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. – D.h.: eine Unterbringung in extrem abgelegenen ehemaligen Kasernen/ausgedienten Bürogebäuden und umgebauten Behelfsheimen muss vermieden werden. – Nach § 5 DVO FlüAG sollen diese Liegenschaften in einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil oder im Anschluss daran eingerichtet werden. Eine ausreichende Nutzungsmöglichkeit regelmäßig verkehrender Beförderungsmittel muss gewährleistet sein.
- Der Aufenthalt in einer vorläufigen Unterbringung wird auf 24 Monate begrenzt. Nach bereits 12 Monaten sind vorrangig schutzbedürftige Flüchtlinge zu berücksichtigen, wenn es um die Umsiedlung in Wohnungen außerhalb der Gemeinschaftseinrichtung geht. – Gegenüber der bisherigen oft jahrelangen Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften lässt diese Regelung hoffen, dass Flüchtlinge früher als bisher ein einigermaßen normales Leben beginnen können. Eine Modelberechnung aus Heidelberg hat im Übrigen ergeben, dass die dezentrale Unterbringung in Wohnungen und Wohngemeinschaften finanziell günstiger ist als die Unterbringung in einer großen Sammelunterkunft.
- Für die Dauer der vorläufigen Unterbringung soll eine Leistungsgewährung in Form von Sachleistungen außer Betracht bleiben, soweit dies aufgrund der Rechtsvorschriften des Bundes zulässig ist. D.h.: Grundsätzlich sind die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zukünftig als Geldleistungen zu erbringen. Inzwischen sind die meisten Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg vom sog. Sachleistungsprinzip abgegangen und stattdessen die Bewohner der Gemeinschaftsunterbringung mit Bargeld aus. – Damit werden diese endlich in die Lage versetzt, sich ihre Lebensmittel nach eigenen Bedürfnissen und Essgewohnheiten selber zu kaufen. – Ab dem 01.01.2014 müssen für Ernährung und Kleidung grundsätzlich und überall Geldleistungen statt Sachleistungen erbracht werden.
- Während der vorläufigen Unterbringung ist eine angemessene Flüchtlingssozialarbeit (soziale Beratung und Betreuung) zu gewährleisten. Die Aufnahmebehörden beauftragen hiermit geeignete nichtstaatliche Träger der Flüchtlingssozialarbeit. – Damit ist die bisher unklare Situation beseitigt und verpflichtend festgelegt, dass in allen Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung eine Sozialberatung angeboten werden muss. ^[2] – Auch nach dem Ende der vorläufigen Unterbringung in einer Gemeinschaftseinrichtung und während der sich anschließenden Anschlussunterbringung in den Kommunen haben die staatlichen unteren Verwaltungsbehörden weiterhin die Pflicht, die soziale Beratung und Betreuung zu gewährleisten. – Da Flüchtlingsarbeit ein besonders geschütztes Vertrauensverhältnis voraussetzt, ist es richtig, die soziale Betreuung nicht staatlichen Stellen zu übertragen, sondern erfahrenen Trägern aus der freien Wohlfahrtspflege.

- **Im Rahmen der sozialen Betreuung wird vom Land Baden-Württemberg ein einmaliger Betrag in Höhe von 91,36 € pro Person zur Verfügung gestellt, um vor Ort praktikable und zielführende Lösungen zu entwickeln, wie Grundkenntnisse der deutschen Sprache vermittelt werden können. - Das ist ein erfreulicher Anfang für eine Sprachvermittlung. Allerdings lässt sich mit diesem kleinen Betrag leider nicht viel bewegen, es sei denn, dass die Sprachbemühungen durch ehrenamtliche Kräfte unterstützt werden.**
- **In den Gemeinschaftsunterkünften soll unter Berücksichtigung der räumlichen Gegebenheiten mindestens ein Gemeinschaftsraum eingerichtet werden. – Für Kinder soll mindestens ein abgetrennter Raum in ausreichender Größe und mit entsprechender Ausstattung eingerichtet werden, der zum Spielen und bei Bedarf für Schulkinder zur Erledigung der Hausaufgaben zur Verfügung steht.**

3. Bewertung

Das neue FlüAG ist getragen von dem Grundsatz eines menschenwürdigen Umgangs mit Flüchtlingen (Art. 1 Abs.1 S.2 FlüAG).

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zum Asylbewerberleistungsgesetz vom 18.07.2013 festgestellt, dass die Menschenwürde migrationspolitisch nicht zu relativieren ist. – Diese wichtige Aussage gilt nicht nur für die Frage des menschenwürdigen finanziellen Existenzminimums nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, sondern ebenso auch für die sonstige Ausgestaltung der Unterbringung.

Das neue FlüAG versucht, dieser Zielsetzung näher zu kommen und sie umzusetzen. Das ist sehr positiv zu bewerten. Allerdings ist in Anbetracht der in den letzten Monaten anschwellenden neuen Flüchtlingsströme realistischerweise einzuschränken, dass die Umsetzung der neuen Vorgaben noch längere Zeit auf sich warten lassen wird. Eine Übergangsfrist hat das Gesetz nicht vorgesehen, da es oft - trotz größter Bemühungen – auch gar nicht in der Hand der Kommunen liegt, Unterbringungsmöglichkeiten zu finden oder zu schaffen, die den neuen Vorgaben entsprechen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die neue erheblich vergrößerte Flächenanforderung von 7 Quadratmetern pro Person. Hier ist der Gesetzgeber der schwierigen Situation der Gemeinden entgegengekommen und hat festgelegt, dass diese Voraussetzung erst ab dem 01.01.2016 in Kraft treten soll.

**Franz Hoß
Rechtsanwalt
10.02.2014**

^[1] Die am 19.07.2013 neu gefasste Aufnahmeleitlinie 2013/33 wird erst nach einer zweijährigen Umsetzungsfrist am 20. Juli 2015 verbindlich. – Art. 15 der Neufassung regelt erfreulicherweise nun, dass der Antragsteller spätestens nach neun Monaten (bisher 12 Monate) Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten soll. Dies wurde bereits vorab in § 61 Abs. 2 AsylVfG für die BRD umgesetzt.

^[2] In § 6 DVO FlüAG ist geregelt, dass es sich um eine qualifizierte flüchtlingspezifische soziale Beratung und Betreuung handeln muss. Die näheren Ziele und inhaltlichen Schwerpunkte dieser Sozialbetreuung sind in einer Anlage des Integrationsministeriums zu § 6 in einer bemerkenswerten und fürsorglichen Weise geregelt. Angebote der freien Wohlfahrtspflege sollen für diese Tätigkeit eingesetzt werden.

Deutschunterricht bei „Freunde für Fremde“

Auch wenn im vergangenen Jahr vermehrt Flüchtlinge aus Syrien und den Balkanstaaten nach Karlsruhe kamen, so suchten doch auch viele Menschen aus verschiedenen Staaten Afrikas und Asiens, aus Afghanistan, dem Iran und Irak, aus der Türkei (Kurden), aus Frankreich und Spanien sowie Bolivien bei „Freunde für Fremde“ Hilfe zum Deutsch-Lernen.

Die meistens jungen Menschen waren durchweg sehr motiviert, unsere Sprache zu erlernen. Es ist ihnen bewusst, dass im Spracherwerb der Schlüssel zu einem für sie besseren Leben liegt, dass er ihnen eine Basis schafft, möglicherweise auch eine Arbeit finden zu können.

Die meisten der zu uns gekommenen Flüchtlinge waren absolute Anfänger, einige mussten erst alphabetisiert werden. Manche hatten schon in ihrem Heimatland etwas Deutsch gelernt, einzelne im normalen Schulbetrieb, andere in Vorbereitung auf ihre Flucht nach Deutschland. Aber auch junge Studenten benötigten sprachliche Unterstützung, um ihre Deutschprüfung bestehen zu können. Immer wieder möchten auch Frauen, die schon längere Zeit in Karlsruhe leben, Deutsch lernen oder ihre Kenntnisse im Schreiben und Sprechen verbessern, um z.B. als Altenpflegerin zu arbeiten.

Wie man sieht, sind die Bedürfnisse derer, die Deutschunterricht benötigen, sehr unterschiedlich. Zum anderen bieten wir im Verein auch nicht, wie das z.B. in der VHS der Fall ist, ein ausgesprochenes Kurssystem mit einzelnen Niveaustufen an. Es ist daher nicht leicht, alle Schüler sofort entsprechend bei einem Lehrer oder einer Lehrerin unterzubringen. Jeder einzelne bedürfte persönlicher Betreuung. Zum Glück sind unsere Lehrkräfte sehr flexibel und versuchen, die neuen KandidatenInnen in eine bestehende Gruppe zu integrieren oder sie gar einzeln zu unterrichten.

Es gibt immer mal wieder Probleme auf beiden Seiten. Die Teilnehmer, die in der Gruppe oder alleine schon etwas gelernt haben, möchten natürlich weiterkommen, nicht nochmal von vorne anfangen, weil jemand neu dazu gekommen ist und die, die ganz neu beginnen, können noch nicht folgen und sind frustriert.

Ein Problem ist auch, dass die Flüchtlinge das Durchhaltevermögen, die Ausdauer beim Lernen, die rechtzeitige Anwesenheit, die regelmäßige Teilnahme oft erst lernen müssen. All das zu handhaben, fordert viel pädagogisches Geschick von den Lehrenden.

Die Lehrerinnen und Lehrer unseres Vereins versuchen nach Kräften zu helfen, aber unsere Kapazität ist auch beschränkt, sowohl personell als auch räumlich. Dankenswerterweise haben sich in unserem Verein im vergangenen Jahr Ehrenamtliche gemeldet, die bereit zur Mithilfe, bzw. zum Unterrichten waren. Eine große Unterstützung! „Freunde für Fremde“ freut sich immer über weitere freiwillige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Gisela Bader, März 2014

DAS BESONDERE VON DEUTSCHKURSEN IN DER LANDESERSTAUFNAHMESTELLE

Seit vielen Jahren gibt es Deutschkurse für die neuangekommenen Asylbewerber. Diese Deutschkurse unterscheiden sich von allen Deutschkursen, die in Sprachschulen oder langfristigen Wohnheimen angeboten werden.

Wir wissen nicht, wer kommt, welche Sprachkenntnisse und Fähigkeiten da sind – vom Doktor in Physik bis zum Analphabeten, dessen Haus abgebrannt wurde. Gemeinsam ist diesen Menschen, sie müssen und wollen jetzt Deutsch lernen.

Wir versuchen, ihnen eine Art „Erste Hilfe Kiste“ anzubieten.

Die Deutschkurse für Asylbewerber haben verschiedene Aufgaben die alle wichtig sind.

1. Hilfe, um in Karlsruhe zurechtzukommen.
2. Was kann ich nach dem Transfer tun.
3. Neue Freunde finden.

1. HILFE, UM IN KARLSRUHE ZURECHTZUKOMMEN

Begrüßung und Wichtiges am Tag

Guten Tag – Guten Morgen – Guten Abend – Gute Nacht

Auf Wiedersehen – Tschüss – bis Bald

ja – nein

Bitte – Danke - Entschuldigung

Unterschied lernen zwischen Sie und du,
Höflichkeit und Freunde/Kinder

Die ersten Übungen:

Guten Tag! oder Hallo!

Wie heißen Sie?

Ich heiße

Wie heißt du?

Woher kommen Sie?

Ich komme aus,

Woher kommst du?

ich bin Asylbewerber/Flüchtling

Wo wohnen Sie?

Ich wohne

Wo wohnst du?

(vollständige Adresse wissen)

Was ist deine Handynummer?

Meine Handynummer ist

Wie geht es Ihnen?

Mir geht es gut/nicht so gut, danke.

Wie geht es dir?

Das Alphabet lernen + buchstabieren,
die Zahlen lernen + die Uhr (aktuelle Uhrzeit fragen) + Handynummer + das Datum.
Die Wochentage lernen + wann gibt es Unterricht.

die Personalpronomen:

ich – du – er/sie/es – wir – Ihr – Sie - sie

den Unterschied zwischen sie und Sie

die ersten Verben und dann kurze Sätze bilden:
heißen – wohnen – kommen – essen – trinken – möchten – gehen
Kurze Sätze wie:
Ich heiße Arslan und wohne in Karlsruhe, Durlacher Allee 100.
Ich trinke gerne Tee und esse gerne Obst.

Thema: Der Arztbesuch, der Körper von Kopf bis Fuß.
Wörter wie Schmerz, Übelkeit, Fieber, Krankheit, Krankenhaus usw.
Kurze Sätze bilden, „Ich habe Bauchschmerzen“ usw.

Thema Fahrkarte: Wie kaufe ich eine Fahrkarte?
Wie funktioniert der Automat – wieviel Waben – abstempeln usw.
Kurze Sätze wie „Ich möchte nach Karlsruhe. Bitte helfen Sie mir.“

Thema: Ein Formular ausfüllen können:
Name – Nachname – Vorname – Straße – Postleitzahl – Ort – Geburtstag – Geburtsort –
Nationalität – Familienstand (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden, getrennt lebend) –
Unterschrift

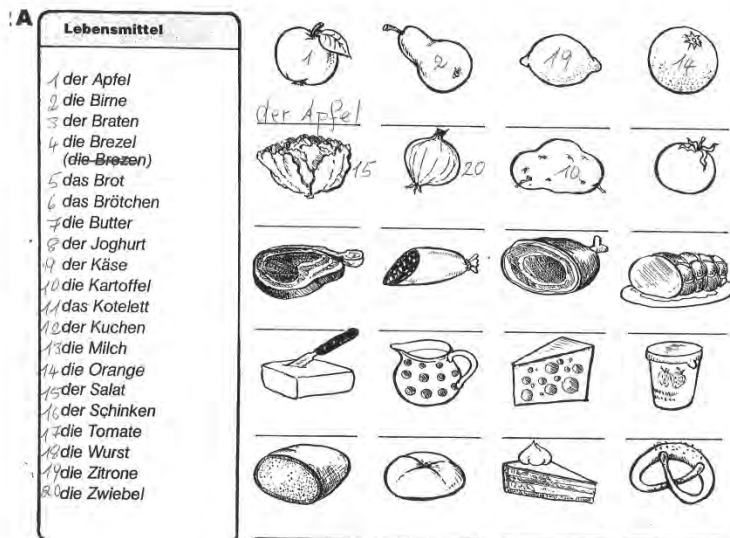
Kurze Sätze wie:
„Können Sie mir bitte helfen. „
„Ich brauche einen Dolmetscher“ Eventuell per Telefon dolmetschen.

Thema: Hobby und Sport
Ein Gespräch über Hobbys und Sport oder welche Sprachen man spricht.

Alltägliches:
Gemüsesorten – Obstsorten – Brot – Getränke usw.
Kleidung – einkaufen usw.
Dabei kann man auch gut Werbematerial verwenden.
Ein Gespräch über das, was man am liebsten isst oder trinkt. Das ist immer ein gutes
Thema!

Tipps für die Schüler:
Visuelles Wörterbuch (gibt es in verschiedene Sprachen) von Coventgarden, ISBN 978-3-
8310-9034-1, ca. €10
gebrauchte Wörterbücher und Unterrichtsmaterial sammeln
Werbematerial benutzen (ist umsonst!) um die Sprache zu lernen
Internetseiten anbieten, z.B. www.dw.de (Deutsche Welle). Sehr gut!

Diese Kopie soll ein Beispiel sein, um zu zeigen, wie man mit 1 Kopie auf verschiedenen
Niveaus arbeiten kann.



- 1) Zuerst lernen wir die Zahlen von 1-20, dann schreiben wir die Zahlen auf das Blatt, manche Teilnehmer brauchen dabei die Hilfe der Nachbarn.
- 2) Ich frage: Was ist das? und zeige auf die Abbildungen „Das ist der Apfel“. Meistens weiß es irgendjemand.
- 3) Welche Nummer hat der Apfel? Nummer 1.
Diese Übung wird bis zum Ende mündlich fortgesetzt und einzeln und in der Gruppe wiederholt, bis die Worte bekannt sind.
- 4) Danach ist Zeit zum Schreiben. Die Analphabeten malen Buchstabe für Buchstabe, die schnellsten schreiben kleine Sätze wie „Ich esse gerne Salat“.

Notruf

Notruf 110 Polizei
112 Notarzt + Krankenwagen

Wichtige Sätze lernen:

„Bitte rufen Sie den Notarzt an.“

„Ich wohne“

Man muss den Ort angeben können, wo der Krankenwagen bzw. die Polizei hinkommen soll.

Medizinische Versorgung in der LEA:

Notfall/ Notfallaufnahme: nur für z.B. gebrochenen Arm, Geburt usw.

Psychische Probleme: Frau Dr. Corinth (für traumatisierte Menschen) im Menschenrechtszentrum.

Nach dem Transfer gibt es Möglichkeiten der Behandlung von chronischen Krankheiten oder eine neue Brille.

Rechtsbelehrung:

Bitte Stadt Karlsruhe nicht verlassen.

Nach dem Transfer Baden-Württemberg nicht verlassen.

z.B.: man darf also seinen Onkel in Frankfurt nicht besuchen oder seine Schwester in Straßburg.

Nur in speziellen Fällen kann man um Erlaubnis fragen z.B. Todesfall.

Juristische Info:

Der Richter ist unabhängig vom Rechtsanwalt. Der Rechtsanwalt ist kein Richter. Der Richter muss nicht bezahlt werden, der Rechtsanwalt kostet Geld.

Frauen dürfen um Richterinnen und Dolmetscherinnen bitten. Bitte möglichst früh, bei der Anhörung ist es zu spät.

2. NACH DEM TRANSFER

Es gibt Wohnheime und Gemeinden, die sich vorbildlich um die Asylbewerber kümmern, doch die Mehrheit der Heime ist abgelegen, wenig ansprechend und überfüllt. Von daher ist dann auch nur wenig Kontakt zu den Deutschen. Die Asylbewerber gehen nicht raus und die Deutschen gehen nicht hin.

Man ist weit weg von einer großen Stadt, hat wenige Anregungen, keine Arbeitserlaubnis, Sorgen um die Familien und Freunde daheim, Sorgen um die eigene Zukunft.

Was kann ich in dieser Situation tun?

Für mich alleine:

a) Sport treiben, wandern, laufen, schwimmen, Deutsch lernen, meine Hobbys – so weit es geht – pflegen z.B. Schach spielen, Musik hören, Fernsehen, am besten Deutsch, Tagebuch schreiben, Bücherei suchen, beten, meditieren, zeichnen, Tiere und Menschen beobachten.

Im Wohnheim:

b) Kontakte im Wohnheim, einkaufen für Leute, die es nicht können, den Kindern bei den Hausaufgaben helfen, mit den Kindern spielen im Haus und draußen z.B. Fußball, Feste feiern.

c) Kinder von Asylbewerbern sind schulpflichtig wie deutsche Kinder. Der Besuch vom Kindergarten ist gut für die Kinder.

Kontakte mit Deutschen:

d) Im Verein Sport machen, im Chor singen, Kontakte zu Landsleuten suchen, Elternabende im Kindergarten und in der Schule besuchen, Kontakte zu Gläubigen meiner Religion suchen, Naturschutzgruppen besuchen, 1. Hilfe Kurs belegen, alle Angebote, die mir interessant scheinen, hingehen und prüfen.

Vorbereitung für eine bezahlte Arbeit:

e) Nach 1 Jahr (seit dem 1.1.2014 nach neun Monaten) ist es möglich, eine bezahlte Arbeit aufzunehmen. Es ist wichtig die Asylbewerber darauf hinzuweisen, dass nur nachrangige Arbeitsplätze, d.h. solche, die von deutschen oder EU-Bürgern nicht besetzt werden können, an Flüchtlinge und Asylbewerber vergeben werden, sich darauf vorzubereiten, welche Arbeitsplätze gibt es wo, Deutsch lernen, besonders auch Fachwörter, Kontakte aufnehmen, evtl. Praktikum machen, sich um Anerkennung der schon gemachten Ausbildungen bemühen. Falls es nötig ist, die Möglichkeiten einer freiwilligen Rückkehr oder einer Weiterwanderung zu Verwandten überlegen.

3. FREUNDE FINDEN

Freundschaften aus Karlsruhe –unter einander oder mit Deutschen- bleiben oft jahrelang. Die Lehrer bleiben oft lange Zeit wichtige Bezugsperson. Manchmal frage ich mich, ob es nicht wichtiger ist, einen Menschen oder eine Familie über Jahre zu begleiten, als immer wieder neu anzufangen und, da wir alle „begrenzt“ sind, begonnene Freundschaften abzurechnen?

Erika Pintschovius

Unsere Öffentlichkeitsarbeit

Auch im vergangenen Jahr haben wir wieder versucht, die Situation der Flüchtlinge, wie wir sie erleben, öffentlich zu machen und über politische Zusammenhänge dieser Thematik zu informieren und zu diskutieren.

Deshalb hatten wir im April den iranischen Exilschriftsteller Bahman Nirumand zum Thema „Iran zwischen Gottesstaat und Moderne“ zu Gast und im Juni Vertreter des Innen- und Integrationsministeriums Baden-Württemberg zu einer Diskussion über die Flüchtlingspolitik der Landesregierung.

Außerdem konnten wir in verschiedenen Gemeindebriefen sowie bei Gesprächen in kirchlichen und anderen Kreisen über die Situation der Flüchtlinge in Karlsruhe und unsere Arbeit mit ihnen berichten. Eine Vorstellung unseres Vereins in der Konferenz evangelischer Religionslehrer führte zur Zusammenarbeit mit der Elisabeth-Selbert-Schule und der Carl-Hofer-Schule, von der eine Klasse einen neuen Flyer für uns gestalten wird. Es ergaben sich auch Besuche im Religionsunterricht des Bismarck-Gymnasiums und Mitarbeit beim Weihnachtsgottesdienst dieser Schule.

Bei einem Gespräch im Regierungspräsidium wurden Probleme in den dezentralen Unterkünften in Karlsruhe besprochen.

Mit Infoständen waren wir beim Fest der Völkerverständigung, beim Tag der Menschenrechte sowie der offerta präsent.

Im Rahmen der ersten Karlsruher Wochen gegen Rassismus boten wir zusammen mit einigen Kooperationspartnern am 13. März 2013 eine sehr gut besuchte und informative Veranstaltung des ausgewiesenen Balkan-Spezialisten Norbert Mappes-Niediek unter dem Titel "Böse Roma, arme Zigeuner. Was an den Vorurteilen über die Zuwanderer stimmt (Ein Faktencheck)" an.

Am Tag des Flüchtlings am 27. September 2013 veranstalteten wir mit mehreren anderen Karlsruher Flüchtlingshilfsorganisationen und der Kinemathek e.V. die Vorführung des Dokumentar-Films "Can't be silent", der sich mit dem musikalischen Projekt von Heinz Ratz "Strom und Wasser featuring The Refugees" auseinandersetzt. Die Band war am 11.03.2013 im Karlsruher Jubez bei einem Konzert im Rahmen der Karlsruher Wochen gegen Rassismus zu erleben.

Wir freuen uns über Einladungen in Schulen, kirchliche und andere Jugendgruppen und interessierte Kreise.

Gertrud Stihler, Christoph Rapp

Wir danken

Auch im vergangenen Jahr hatten wir vielfältigen Grund für die Unterstützung unserer Arbeit zu danken:

Das gute Miteinander mit der Leitung des IBZ, Frau Dr. Geerken, Frau Dr. Sardarabady und Herrn Kappler, ihr Verständnis dafür, dass wir an unseren Sprechtagen oft große Unruhe ins Haus bringen, ihre Bereitschaft, wo immer nötig mit uns zu kooperieren, ist für uns unverzichtbar.

Dankbar sind wir auch der Deutsch-Kroatischen Gemeinschaft, die uns seit vielen Jahren ihre Räume für eine unserer Deutschgruppen zur Verfügung stellt.

Für unsere Arbeit unentbehrlich ist die Unterstützung durch die Katholische Kirchengemeinde St. Josef in Grünwinkel. Hierhin in das Gemeindehaus können wir zweimal pro Woche Flüchtlinge aus der nahegelegenen Unterkunft einladen, mit den Kindern spielen, erste Deutschkenntnisse vermitteln und Gespräche anbieten. Die Küche steht uns zur Bereitung von Tee zur Verfügung, die Gemeinde sammelt Kleider für die Flüchtlinge. Die Flüchtlinge sind dafür sehr dankbar und wir auch. Nach wie vor für unsere Arbeit sehr hilfreich sind die guten Kontakte zu den unterschiedlichsten Beratungsstellen und sozialen Einrichtungen, die wir je nach Problemlage der bei uns Rat suchenden nutzen können. Danke dafür.

Verständnis und Bereitschaft zur Zusammenarbeit erleben wir bei Behörden und politisch Verantwortlichen der Stadt Karlsruhe und umliegender Städte, dem Landratsamt, dem Regierungspräsidium und bei Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten; wir wissen, dass dies nicht selbstverständlich ist und sind dankbar dafür.

Da wir nach wie vor den größten Teil der für unsere Arbeit nötigen finanziellen Mittel durch Mitgliedsbeiträge und Spenden aufbringen, danken wir herzlich all denen, die uns bei der Finanzierung geholfen haben; größere Spenden erhielten wir von Sonnenhilfe e. V., von der ev. Kirchengemeinde und aus dem Erlös des Pfennigbasars. Den dafür Verantwortlichen herzlichen Dank genauso wie all denen, die mit größeren oder kleineren Beträgen unsere Arbeit möglich gemacht haben – so auch einer 7. Klasse des Bismarckgymnasiums, die uns eine Spende aus ihrer Klassenkasse zukommen ließ.

Seit zwei Jahren erhalten wir auch regelmäßige finanzielle Unterstützung von der Stadt Karlsruhe für Miete und Sachkosten. Wir sehen darin eine Anerkennung unserer Arbeit.

Einen besonderen Genuss und eine besondere Freude konnten wir mit drei Benefizkonzerten erleben. Die Harfenistin und Sängerin Maria Palatine gab für uns ein Konzert in Ettlingen, der Sänger Andreas Reibenspiess mit dem Pianisten Eckart Sellheim einen Liederabend in der Karlsburg in Durlach und Herr Winfried Uhrig ließ uns den Erlös eines Konzertes in Stutensee zukommen. Wir bemühen uns darum, mit all diesen Geldern sorgfältig umzugehen und sie im Sinne der Spender zu verwenden.

Unsere Arbeit wäre nicht zu leisten, wenn sich nicht immer wieder Menschen bereit fänden, hier mitzutun, sei es regelmäßig ein- – mehrmals pro Woche oder hin und wieder einmal, als Praktikantinnen oder während der Zeit des Studiums im Kontakt mit den Flüchtlingen in der Erstunterbringung, in der Beratung, im Deutschunterricht oder wo sonst Hilfe nötig ist. Ihnen allen herzlichen Dank.

Gertrud Stihler

Ansprache zur Trauerfeier für Frau Dr. Uta Klee am 18.01.2014

Liebe Familie Klee, verehrte Trauergemeinde,

25 Jahre Freundschaft und gemeinsame Arbeit für den Schutz von Flüchtlingen verbinden uns, zunächst im „Beratungs- und Begegnungszentrum für Flüchtlinge“ und später in der Nachfolgeeinrichtung des Vereins „Freunde für Fremde“ in Karlsruhe.

Gerne möchte ich deshalb das außergewöhnliche Engagement von Uta würdigen.

Unter den ersten Flüchtlingen, die Ende der 80er Jahre nach Karlsruhe kamen, waren die kriegsmüden Eritreer und Afghanen – unter diesen erstmals eine große Anzahl von traumatisierten Menschen – sowie viele aus Rumänien, gezeichnet durch erlittene Folter, Hunger und Krankheit. Die Sozialarbeiterin war dem Ansturm nicht gewachsen und bat um Hilfe in den Kirchengemeinden vor Ort.

Ich leitete den Hilferuf aus meiner Gemeinde im Bergwald weiter. Uta kam in Begleitung ihrer Freundinnen Traudel Stein und Mechthild Cremers aus Grötzingen und bot Unterstützung an.

In der staatlichen Aufnahmeeinrichtung herrschte in jener Zeit ein rüder Ton. Die Politik war der Herausforderung nicht gewachsen und sah in den Flüchtlingen nur die Bedrohung. Das Grötzingener Team organisierte sich selbst und baute schnell eigene Hilfskonzepte auf mit einem Angebot für Deutschunterricht.

Als dann in den 90er Jahren die Opfer des Genozids aus Bosnien in großer Anzahl zu uns kamen mit uns allen unvorstellbaren Leidensberichten, haben wir sehr schnell erkannt, dass diese Menschen neben unserer Zuwendung und unserem Kampf um einen Bleiberechtsstatus professionelle ärztliche Hilfe brauchten, um ihnen effektiv helfen zu können.

Es war Uta, die sich bereit fand, sich an dieser Stelle voll einzubringen, indem sie sich in Trauma-Therapie weiterbilden ließ. Sie nahm Kontakt auf mit dem Zentrum für Folteropfer in Ulm und hospitierte in Berlin in einer psychiatrischen Klinik.

Während ich die Anträge schrieb und die Verhandlungen mit der Ausländerbehörde führte, die auf Abschiebung bestand, versuchte Uta das Vertrauen der Frauen zu gewinnen und sie zu ermutigen, die an ihnen verübten Verbrechen mit ihrer Hilfe aufzuschreiben. Es war eine mühsame und sehr belastende Arbeit, die oft mehrere Sitzungen in Anspruch nahm, aber es war hilfreich, weil wir mit diesen Dokumentationen vor den Verwaltungsgerichten die Unmöglichkeit einer erzwungenen Rückkehr belegen konnten.

Wir haben keine exakten Zahlen derer, die in jenen Schreckensjahren durch unsere Sprechstunden gegangen sind, aber es waren viele, schätzungsweise zwischen 100 – 150 Personen. Nicht allen konnten wir helfen und nicht alle konnten wir halten.

Im Jahre 2000 verlegte Uta ihre Sprechstunden in das neu gegründete Zentrum des Vereins zur Unterstützung traumatisierter Migranten. Als sie 2004 aus Krankheitsgründen ihre Arbeit aufgeben musste, war ihr dennoch das Schicksal ihrer ehemaligen Klientinnen nicht gleichgültig. Immer wieder erkundigte sie sich nach deren Befinden. Und diese liebten sie und vertrauten ihr.

In ihrer leisen und ruhigen Art ist von Uta eine unglaubliche Kraft ausgegangen. Sie war in ihrer Arbeit ganz an den Bedürfnissen ihrer Schutzbefohlenen orientiert und hat sich selbst

völlig zurück genommen. Durch ihre selbstverständliche Zuwendung zu den erniedrigten und entrechteten Menschen hat sie ihnen geholfen, den Weg aus der Katastrophe zu finden. Sie hat ihnen dadurch Mut gemacht und ihnen durch ihren partnerschaftlichen Umgang ihre Würde zurück gegeben. Dafür danken wir Uta.

Als Ärztin wusste Uta genau, was sie erwartete. Verzweifelt hat sie gegen die auftretenden Defizite gekämpft. Die Schmerzen, verbunden mit der Einschränkung der Bewegung haben ihr auch die geliebte Gartenarbeit erschwert und unmöglich gemacht. Ihre zunehmende Abhängigkeit hat sie deprimiert und der Verlust ihrer Sprache hat sie in der letzten Phase ihrer Erkrankung bestimmt in eine große Einsamkeit geführt.

Ich habe eine Freundin verloren, mit der mich nicht nur die Arbeit verbunden hat, sondern auch sehr viele schöne gemeinsame Interessen, die Liebe zur Musik, zur bildenden Kunst und unsere christliche Sozialisation.

Dir, lieber Wilfried, danken wir, dass Du es Uta ermöglicht hast, in ihrem Haus zu sterben und die Familie um sich zu haben.

Heidi Meier-Menzel

Verleihung der Reinhold-Maier-Nadel an Gertrud Stihler am Dienstag, den 29.10.2013 im IBZ

Gertrud Stihler wurde von der FDP-nahen Reinhold-Maier-Stiftung für ihren unermüdlichen und hartnäckigen Einsatz für das Wohl ihrer Mitbürger und Mitbürgerinnen mit der Reinhold-Maier-Nadel geehrt. Im Namen des ersten Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten werden Personen geehrt, die sich um das Gemeinwohl in der demokratischen Gesellschaft verdient gemacht haben.

Vor dem gut gefüllten Saal des IBZ, in dem neben der Familie von Frau Stihler fast die gesamte ehemalige FDP-Gemeinderatsfraktion, einige Mitstreiter und Schützlinge der Freunde für Fremde des IBZ und noch viele Gäste versammelt waren, sprach Professor Dr. Jürgen Morlok die Begrüßungsworte und hob hervor, dass Frau Stihler seit vielen Jahren eine unbeirrbar und streitbare Kämpferin für das Gemeinwohl war und ist.

Als Gemeinderätin war sie keine Parteisoldatin, sie hat vielmehr hartnäckig und unbeugsam ihre Meinungen vertreten und war keineswegs immer bequem für ihre Mitstreiter. Sie war als studierte evangelische Pastorin als Pfarrerin in der Gemeinde und im Schuldienst tätig, seit 1969 aktives Mitglied der FDP, von 1979 bis 1989 Mitglied des Gemeinderates und im Kreisvorstand der FDP Karlsruhe.

Sie gehörte zu den Initiatorinnen des autonomen Frauenhauses und der Frauenberatungsstelle Karlsruhe, Institutionen, die in ihrer Gründungsphase höchst umstritten waren, deren Verwirklichung kämpferischen Elan erforderte. Sie ist in diesen Einrichtungen bis heute ehrenamtlich tätig und setzt sich seit vielen Jahren vehement und unbeugsam für politische Unterstützung und für Zuschüsse ein.

Vor 15 Jahren initiierte sie die Gründung des Vereins „Freunde für Fremde“, dem sie heute noch vorsteht. Die Idee war und ist, Flüchtlingen, Asylsuchenden und anderen Ausländern mit praktischer Beratung, integrativen Maßnahmen, menschlicher Nähe und politischer Einflussnahme rein ehrenamtlich zu helfen.

Frau Rita Fromm, die Vorsitzende der FDP-Gemeinderationsfraktion der Stadt Karlsruhe würdigte in ihrem Grußwort diesen unermüdlichen Einsatz. Frau Dr. Iris Sardarabady, die Leiterin des IBZ, betonte in ihrem Grußwort die gute Zusammenarbeit und das freundschaftliche Miteinander im Hause. Das IBZ setzt sich seit Jahren gegen Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit ein und so ist der Ort dieser Ehrung selbstverständlich der Richtige.

In einer launigen Laudatio würdigte der frühere Bürgermeister Ullrich Eidenmüller Gertrud Stihler für ihre Aktivitäten und vergleicht ihr Auftreten im Gemeinderat mit dem einer Katze, die auf leisen Pfoten aber unbeeinflussbar das tut, was sie sich in den Kopf gesetzt hat. Eine nicht immer bequeme Mitstreiterin, keine Mitläuferin, eine Frau, die zu ihrer politischen Verantwortung steht und ihre Ziele mit großem Einsatz verfolgt.

Die Ehrennadel wurde dann von Herrn Morlok und Herrn Eidenmüller gemeinsam überreicht.

Frau Stihler bedankte sich mit kräftigen Worten, bei denen den Zuhörern klar wurde, dass sie das, was sie sagt, auch tun wird. Es folgten eine Gratulations-Kur mit Blumen und vielem Händeschütteln und ein Stehempfang, der durch ein üppiges Büffet gekrönt wurde, welches im Hause produziert worden war.

Dr. Rüdiger Schwenke

Statistik der Beratungsarbeit 2013

Im vergangenen Jahr wurden 537 Beratungsgespräche notiert. Die in nachfolgender Tabelle aufgeführten Zahlen geben die Anzahl der Beratungsgespräche in der Sprechstunde wider.

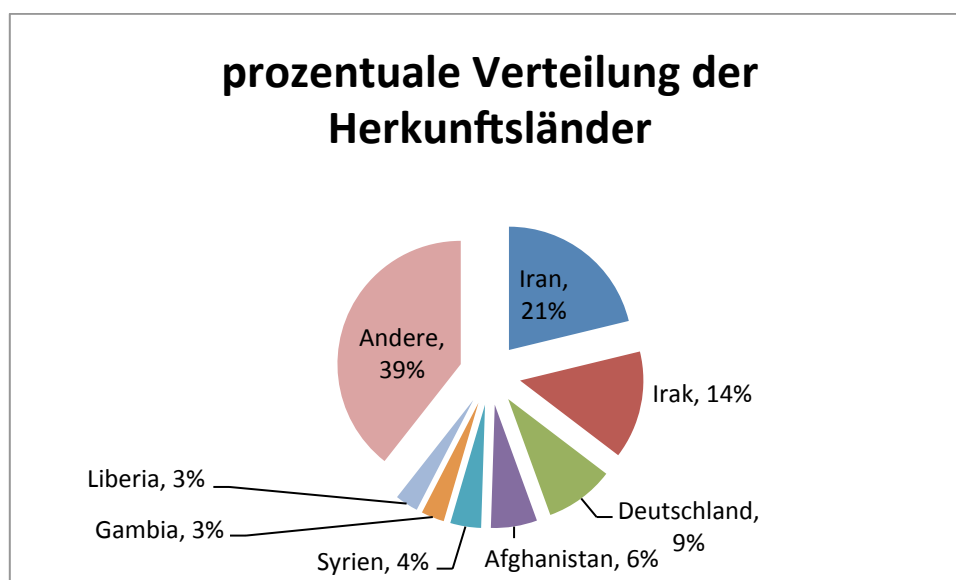
Land	Männer	Frauen	Gesamt
Iran	86	27	113
Irak	57	18	75
Deutschland	14	37	51
Afghanistan	20	12	32
Syrien	8	15	23
Gambia	15	2	17
Liberia	16	0	16
Türkei	12	2	14
Nigeria	14	0	14
Ukraine	5	9	14
Bosnien	4	8	12
China	8	4	12
Serbien	5	6	11
Kosovo	3	6	9
Sri Lanka	5	4	9
Mazedonien	2	5	7
Togo	3	3	6
Kamerun	5	1	6
Marokko	2	4	6
Russland	5	1	6
Italien	1	4	5
Slowakei	0	5	5
Rumänien	0	5	5
Palästina	5	0	5
Tunesien	2	2	4
Pakistan	4	0	4
Guinea	4	0	4
Algerien	4	0	4
Georgien	2	2	4
Somalia	2	1	3
Mosambik	3	0	3
Kongo	1	2	3
Tschetschenien	1	2	3
staatenlos	3	0	3
Guatemala	1	1	2
Polen	1	1	2
Eritrea	1	1	2
Korea	1	1	2
Bolivien	0	2	2
Griechenland	0	2	2
Brasilien	1	1	2
Frankreich	1	1	2
Tansania	0	1	1
Libyen	1	0	1
Kenia	0	1	1
Uigurien	1	0	1
USA	1	0	1
Indien	1	0	1
Jordanien	1	0	1
Peru	0	1	1
Ägypten	1	0	1
Turkmenistan	1	0	1
Kasachstan	0	1	1
Spanien	0	1	1
Libanon	1	0	1
Summe	335	202	537

Die Statistik verdeutlicht, wie sich die 537 Beratungsgespräche hinsichtlich der Herkunftsländer, getrennt nach Männern und Frauen, zusammensetzen. 63% dieser 537 Besucherinnen und Besucher kamen aus dem Stadtgebiet, 37 % aus dem Landkreis oder von weiter her. Bei ca. 35 % der Beratenen handelte es sich um Erstkontakte, ca. 65 % suchten uns mehrere Male auf.

Ersichtlich wird auch, dass unsere Besucherinnen und Besucher aus insgesamt 54 Ländern kamen; dazu kommen noch drei staatenlose Besucher. Mit Männern wurden 335 Gespräche und mit Frauen wurden 202 Gespräche geführt.

Nicht aufgeführt wurden zahlreiche Telefonate, die unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teils vom Vereinsbüro, teils von zu Hause aus mit Klientinnen und Klienten geführt haben. Ebenso wenig ist notiert worden, dass unsere Klientinnen und Klienten nicht selten mit ihrer ganzen Familie unsere Sprechstunde besucht haben.

Das nachstehende Diagramm zeigt in Prozenten, welche Nationalität die Beratenen haben. Unter den Personen, die als Deutsche ausgewiesen werden, befinden sich viele ehemalige Flüchtlinge, die inzwischen eingebürgert wurden. Das Diagramm veranschaulicht, dass Ratsuchende aus dem Iran und aus dem Irak am häufigsten in unseren Sprechstunden um Hilfe nachfragten.



Das Hauptanliegen unter den Beratungswünschen war 2013 wie bereits im Vorjahr die Bitte um Unterstützung beim jeweiligen Aufenthaltsstatus. 21 % der Besucher und Besucherinnen kamen mit diesem Anliegen.

An zweiter Stelle der Beratungswünsche standen die Arbeits- und Ausbildungsplatzsuche sowie ehe- und familienbezogene Hilfesuche (je 12 %), aber auch finanzielle Problemstellungen und die Bitte um Hilfe bei der Wohnungssuche (je 6 %), asylrechtliche Problemstellungen und der Wunsch nach Einbürgerung (je 4 %) waren Gründe für die erbetene Beratung.

Klaus Heckfuss

Impressum

Freunde für Fremde e. V. – eine Initiative zur Begegnung von Flüchtlingen, Migrantinnen, Migranten und Deutschen.

Im Vorstand arbeiten z.Zt. Gertrud Stihler (Vorsitzende), Heidi Heger (stellvertretende Vorsitzende), Udo Dreutler (stellvertretender Vorsitzender), Annette Häusler (Schriftführerin), Dr. Rüdiger Schwenke (Kassierer), Wiltrud Göppert (Beisitzerin) und Christoph Rapp (Beisitzer).

Unsere Bankverbindung lautet: Evangelische Kreditgenossenschaft Karlsruhe
BIC: GENODEF 1EK1, IBAN: DE16 5206 0410 0005 0106 40,
Gläubiger ID: DE89FF00000514601

Sie finden uns im Internationalen Begegnungszentrum, Kaiserallee 12d, 76133 Karlsruhe neben der Volkshochschule, Ecke Kaiserallee/Yorckstraße, 1.OG, Telefon: 0721/84 53 41, Telefon 2 und Fax: 0721/8315560, Mail: Freunde_fuer_Fremde@t-online.de

Beratung: Dienstag 15.30 -17.30 Uhr sowie Donnerstag 10-12 und 14-16 Uhr.
Deutschunterricht: Montag – Freitag 10.00-12.00 Uhr und nach Vereinbarung.
Anmeldung: montags und donnerstags 10.00 – 12.00 Uhr